

Saarbrücken, den 1. Oktober 2020

PRESSEMITTEILUNG

Saarländische Städte und Gemeinden fordern die Fortführung der Corona-Hilfen des Bundes für die Kommunen in den kommenden Jahren

Der Saarländische Städte- und Gemeindetag fordert die Bundesregierung auf, die finanziellen Hilfen des Bundes für die Kommunen zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie auch in den Jahren 2021 und 2022 fortzuführen. Die saarländischen Kommunen werden nach Auffassung des Präsidenten des Saarländischen Städte- und Gemeindetags, Bürgermeister Hermann Josef Schmidt, sowie des Stellvertretenden Präsidenten, Oberbürgermeister Jörg Aumann, auch in diesen beiden Jahren mit erheblichen, pandemiebedingten Einbrüchen bei ihren Steuereinnahmen zu rechnen haben. Dies träfe insbesondere auf die Einnahmen aus der Gewerbesteuer zu.

Im Jahr 2020 erhalten die saarländischen Kommunen – neben weiteren finanziellen Unterstützungsmaßnahmen des Landes und des Bundes – insgesamt rund 130 Mio. Euro als Kompensation für die Steuerausfälle bei der Gewerbesteuer. Damit werden die Einbrüche bei der Gewerbesteuer je zur Hälfte durch den Bund und durch das Land vollständig ausgeglichen.

Für die Jahre 2021 und 2022 hat allerdings bisher nur das Land zugesagt, die Hälfte der Steuerausfälle bei der Gewerbesteuer zu übernehmen, der Bund nicht. Sollte der Bund bei dieser Haltung bleiben, rechnet der Saarländische Städte- und Gemeindetag aufgrund der Ergebnisse der aktuellen Steuerschätzung aus dem September 2020 damit, dass im Jahr 2021 rund 42 Mio. Euro und im Jahr 2022 rund 40 Mio. Euro Steuerausfälle bei der Gewerbesteuer nicht kompensiert werden.

„Die saarländischen Städte und Gemeinden verfügen aufgrund ihrer, im Vergleich zu den anderen Bundesländern erheblich geringeren, Finanzausstattung nicht über die finanziellen Optionen, um auf die Auswirkungen der Krise auch in den kommenden Jahren ohne entsprechende Hilfe angemessen reagieren zu können. Wir begrüßen es, dass sowohl der Bund als auch das Land im Jahr 2020 einen umfassenden kommunalen Schuttschirm über die saarländischen Städte und Gemeinden gespannt hat. Die Krise wird die Kommunen aber auch im Jahr 2021 und im Jahr 2022 finanziell hart treffen. Ohne eine

finanzielle Unterstützung von Bund und Land sehen wir nicht, wie die Handlungsfähigkeit gerade der finanzschwachen saarländischen Städte und Gemeinden auch in den kommenden Jahren gesichert und die notwendigen Investitionen in die kommunale Infrastruktur umgesetzt werden können“, so Schmidt und Aumann.

Aus diesem Grund appellieren Bürgermeister Schmidt und Oberbürgermeister Aumann an die Bundesregierung, auch in den kommenden Jahren die Hälfte der Steuereinträge der Kommunen bei der Gewerbesteuer zu übernehmen.